Paris, 12. Febr. Boulevard. 3% Rente 77,02. Anleihe 106,50. Italiener 92,12. Türken 8,70. Türkenloose — Spanier 58½. Egypter 344,00. Ottomanen 604,00. Ruhig.

# Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Fernsprech-Stellen Nr. 11 (Altst.) u. 532 (Neust.)

Inserate werden Marienstr. 13 bis Nachm. 5 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt: Große Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis Nachm. 5 Uhr. — Die einspaltige Petitzeile (ca. 8 Silben) kostet 15 Pfg. Unter Eingesandt die Zeile 30 Pfg. Eine Garantie für das nachfolgende Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Insertions-Aufträge werden nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme angenommen. — [illegible] Silben kosten 15 Pfg. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfg.

Erste und grösste
**Masken- u. Theatergarderobe,**
Dominos in vorzüglicher Auswahl für Herren u. Damen
E. Preusser's Nachf., **Max Jacobi,**
2 Galeriestrasse 2, part. und I. Etage.
Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt.

**Schrotbrod**
nach ärztlicher Vorschrift
Dresden, Seidnitzerstrasse Nr. 19.
Versandt nach auswärts
gegen Nachnahme oder Einsendung in Briefmarken.

**Theodor Binder,**
Seestrasse 5, part. und erste Etage,
Magazin fertiger
Knaben- und Mädchen-Garderobe.
Anfertigung nach Maass.

**Prof. Dr. Jäger's Normal-Schlaf- u. Reise-Decken,** sowie sämmtliche **Normal-Artikel** empfiehlt **Jean Schieme Nachf.,** Neust. Rathhaus.

**Nr. 44.** 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. | Aussichten für den 13. Februar: Auffrischender Südwestwind, veränderl. Bewölk., etwas Niederschlag, Temp. wenig verändert. | Dresden, 1884. **Mittwoch, 13. Februar.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Zu dem vielen Verwunderlichen, was im sächsischen Landtage passirt, gehören mit in erster Linie die Untersuchungen über den Begriff „Revolution". Namentlich der Abg. Liebknecht wird gar nicht müde, auf diese Sache zurückzukommen und giebt sich ersichtlich Mühe, die Revolution als ein ganz harmloses Ding plausibel zu machen. Die anderen Sozialdemokraten kommen gleichfalls zu den konservativen Abgeordneten, ihnen eine Stelle in einem Werke von Treitschke triumphirend zu zeigen, worin dieser Schriftsteller die Städteordnung des preußischen Ministers v. Stein eine „revolutionäre That" genannt hat. Nach Liebknecht's Auffassung steht der ganze sächsische Landtag auf revolutionärem Boden und der konservative Minister des Innern, Herr v. Nostitz, hat in seiner Neuordnung des Knappschaftskassenwesens ein „revolutionäres" Berggesetz vorgelegt. Kurz, Wer ist denn nicht Revolutionär? Die Antwort soll lauten: „Wir Alle sind es", wie es bereits die Sozialdemokraten selbst jubelnd verkündet haben. Als neulich Abg. Günther die Erklärung v. Vollmar's aus dem Reichstage vorlas: „Er stehe voll und ganz auf dem Boden der Revolution", erscholl es von der Bank der Parteigenossen des Letzteren: „Wir Alle!" Diese Ausplauderei, welche die Stellung und Wirksamkeit der Sozialdemokraten im Landtage so erschwert hat, wird anscheinend von ihnen bereut. Herrn Liebknecht ist die Aufgabe der Rückendeckung seines unvorsichtigen Parteigenossen v. Vollmar zugefallen und er unterzieht sich der Mühe mit anerkennenswerthem Eifer. Dahin dürfte er es aber kaum bringen, den übrigen Abgeordneten das Zugeständniß abzulocken, daß auch sie Revolutionäre seien. Liebknecht's Definition muthet ihnen zu, dafür zu halten, daß „Revolution" gleichbedeutend sei mit Abänderung, Veränderung des Bestehenden, Verbesserung und Reform. Der Fundamental-Unterschied, daß sich Reformen auf friedlicher, auf gesetzlicher Weise vollziehen, Revolutionen aber nur gewaltsam und auf ungesetzlichem Wege, ohne die Mitwirkung resp. gegen den Willen der gesetzgebenden Faktoren und der ausübenden Staatsorgane eintreten und den Sturz des Bestehenden bezwecken, liegt doch so auf der platten Hand, daß ihn ein Kind greifen kann. Reformen haben zudem, da sie unter Zustimmung der Betheiligten vor sich gehen, den Vortheil, daß sie bleibenden Nutzen schaffen, während bei Revolutionen der natürliche Rückschlag, die Reaktion, niemals ausbleibt. Diese Begriffe zu verwischen, ist ein vergebliches Bemühen. Was zumal im Munde von Sozialdemokraten „Revolution" bedeutet, ist nicht einen Augenblick zweifelhaft. Lassalle berauschte sich seiner Zeit an dem Gedanken der Revolution, die zorn- und feuersprühend, mit wallendem Lockenhaare und auf ehernen Sandalen einherschreite. Es ist aber nicht ohne Gefahr, wenn den Volksmassen eingeredet wird, alle Welt sei revolutionär. Das Volk verbindet ganz richtig mit dem Worte „Revolution" den gewaltsamen Sturz der Staatsordnungen, Aufstände, Straßenkämpfe, Verbrechen aller Art. Lehrt man es unter „Revolution" etwas ganz Alltägliches und die harmloseste Sache von der Welt zu verstehen, so gewöhnt man es an Gedanken, die einen ganz anderen und bitteren Ernst haben, als die dialektischen Ausführungen der Parlaments-Sozialdemokratie über die Unverfänglichkeit der „Revolution". Revolutionen vermeidet man vermittelst der Reformen. Das neue Knappschaftskassengesetz ist eine solche soziale reformatorische That der Regierung und des Landtages. Es bietet der bergmännischen Bevölkerung erhebliche Verbesserungen der jetzigen mangelhaften Kassen-Einrichtungen; es legt den Bergwerksbesitzern recht ansehnliche Lasten auf und wenn diese sich dadurch beschwert fühlen, so wäre dies eher zu begreifen, als daß die Bergleute selbst unzufrieden wären mit den Errungenschaften. Mit dem neuen Knappschaftskassengesetze ist gewiß nicht das letzte Wort über diesen Stoff gesprochen. Weitere Reformen stehen in Aussicht; nur lasse man erst den jetzigen Fortschritt sich einleben. Die Bergarbeiter werden die wohlwollende Absicht und Fürsorge von Regierung und Kammern nicht verkennen und es vorziehen, das gewisse und sichere Gute anzunehmen, als den unausführbaren Plänen der Sozialdemokraten Gehör zu schenken.

Wie wenig die Vereinigten Staaten daran denken, gegen Deutschland Zollrepressalien wegen unseres Verbots der Einfuhr amerikanischer Schweinefleischprodukte zu üben, zeigt die kürzlich dem Repräsentantenhause vorgelegte Tarifbill. Bereits vom 1. Juli l. J. an sollen die Zölle auf eine ganze Reihe von Industrieprodukten herabgesetzt werden. Sachsen ist daran besonders mit seinen Thon-, Baumwoll- und Strumpfwaaren betheiligt. Ein erhöhter Absatz unserer vaterländischen Industrie auf dem großen Markte Amerikas steht in erfreulicher Aussicht. Angesichts dieser Thatsache darf man wohl fragen: Woher stammten denn eigentlich jene so ganz entgegengesetzten Nachrichten? Die Antwort kann nicht zweifelhaft sein: Die Falschmeldungen wurden in Deutschland fabrizirt von der freihändlerischen Presse, und zwar im schnöden Sonderinteresse der großen Schweine-Exportfirmen in Nordamerika und der Einfuhrhäuser in Hamburg. Daß diesseits wie jenseits des Ozeans die Chefs dieser Häuser in der Hauptsache dem Volke angehören, dem der Genuß von Schweinefleisch rituell verboten ist, giebt der Angelegenheit keineswegs eine etwa komische Färbung, sondern ist eher geeignet, Erbitterung zu erregen. Für unsere arme deutsche Bevölkerung sollen also trichinöse Speckseiten und das Fett von an der Schweine-Cholera verendeten Thieren gut genug sein? Nur eine vaterlandslose, unpatriotische Gesinnung kann dazu verleiten, die deutsche Reichsregierung wegen ihrer Fürsorge für die Gesundheit des Volkes anzugreifen und mit den gewissenlosen amerikanischen Händlern gemeinsame Sache zu machen. Es lief schnurstracks gegen das Interesse des deutschen Reichs, daß deutsche Zeitungen der Manchesterrichtung auf den Reichskanzler losfuhren, weil dieser nicht das Einfuhrverbot gegen amerikanische Schweinewaaren zurückzog. Sie machten ihn verantwortlich dafür, wenn Amerika die Einfuhr deutscher Waaren durch hohe Zölle verhindern würde, sie beunruhigten in frivolster Weise die vaterländische Industrie durch solche erfundene Schreckgespenster. Darin lag Etwas, was an Vaterlandsverrath grenzte. Es zeugt von der Unbefangenheit der nordamerikanischen Regierung, daß sie die guten Dienste dieser Sorte von Deutschen ablehnte und die Nothwendigkeit einer strengen Fleischbeschau anerkannte. Die Amerikaner haben gar nicht so Unrecht, wenn sie auch von Deutschland erwarten, daß es ihnen nur gute Waaren schickt. Wenn die Staaten international vorgehen und dem Schwindel ein Ende machen, so ist das kein Schaden und die Gesundheit der Konsumenten verdient schon, daß man etwas höhere Preise für echte Waaren zahlt.

Endlich versammelt sich der deutsche Bundesrath, um für den Reichstag Arbeitsstoff vorzubereiten. Erst soll das neue Aktiengesetz, dann die Unfallversicherungs-Vorlage berathen werden. Ueber die letztere liegen die Gutachten der Mittelstaaten vor; es heißt, die Centralstelle (also der Reichskanzler) sei von den erhobenen Einwendungen überrascht und unliebsam berührt worden. Doch hofft man auf einen Ausgleich durch Meinungsaustausch von Regierung zu Regierung. Unerwartet dessen aber arbeitet das Reichsamt des Innern die Grundzüge der Unfallversicherung zu einem Gesetzentwurf aus, der dem Bundesrath sofort zugehen soll.

Das Kameel, das den General Gordon mit seinen 800,000 Mk. durch die Wüste nach Chartum führt, trägt auch das Schicksal des Kabinets Gladstone auf seinem Rücken. Ist bis zum Donnerstag die glückliche Ankunft Gordon's nicht gemeldet, so ist das Schicksal des Ministeriums besiegelt. Selbst unter seinen eifrigsten Anhängern findet es keinen Vertheidiger mehr. Die zweideutige Auskunft, die Gladstone über den neuesten Vorschuß gab, den Rothschild auf Zureden Gladstone's an den Khedive gemacht hat — der brave Rothschild läßt sich für ein Darlehn von 1 Million Pfd. Sterl. auf ½ Jahr außer 6 Procent Zinsen eine Extravergütung von 50,000 Pfd. zahlen — hat das Mißtrauen des Parlaments gesteigert. Das Ansehen des Kabinets ist so schwer geschädigt, daß, wenn ihm selbst den jetzigen Sturm zu überdauern gelingt, das weitere Bestehen unmöglich ist. Es gilt als wahrscheinlich, daß eine Rekonstruktion des Kabinets unter Ausscheidung von Gladstone und Granville versucht werden wird; die Auflösung des Parlaments dürfte alsdann erfolgen. Die Uebernahme der Regierung durch die Konservativen, selbst im Falle der Annahme des Tadelsvotums, gilt als wenig wahrscheinlich.

## Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 12. Febr.

**Berlin.** Das Abgeordnetenhaus debattirte über die Errichtung eines neuen Abgeordnetenhauses. Die Regierung schlägt das Terrain gegenüber dem neuen Reichstagsgebäude vor, während das Abgeordnetenhaus gern das an der Leipziger Straße hinter dem jetzigen Reichstagsgebäude gelegene Terrain der alten Porzellanfabrik haben möchte. Dazu wäre nöthig, daß das Herrenhaus die Hälfte seines Gartens hergäbe, was das Herrenhaus nicht möchte. Finanzminister Scholz erklärte unter Murren der Linken, die Regierung habe die Abtretung des Herrenhausgartens nicht beantragt, weil sie wisse, daß die Allerhöchste Genehmigung nicht dazu ertheilt würde. v. Rauchhaupt (früher conservativ) erklärte, er beuge sich dem Allerhöchsten Willen. (Zuruf links: natürlich!) Loewe-Berlin freut sich auch, aber Seine Majestät sei durch das Ministerium falsch informirt. Windthorst schlägt die Errichtung eines neuen Abgeordnetenhauses in Mitten des Dönhofsplatzes vor, welches ringsum mit Anlagen zu versehen sei, oder nach Potsdam zu gehen. Schließlich wird der Gesammtvorstand beauftragt, das Regierungsprojekt vorzuberathen.

**Berlin.** Die „Norddeutsche" erklärt, daß keine Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichskanzler und dem Statthalter Freiherrn v. Manteuffel vorhanden, würden auch nicht vorhanden gewesen sein, wenn Bismarck noch in amtlichen Beziehungen zu der Verwaltung in Elsaß-Lothringen stünde. Daß der Statthalter und Botschafter in Paris gleichzeitig nach Friedrichsruhe gekommen, sei die natürliche Folge einer gleichzeitigen Einladung zum Kapitel des Schwarzen Adlerordens. Es ist begreiflich, daß die Herren zwar Geschäftliches besprochen, aber es handelte sich weniger um die Vergangenheit und Politik, als um die Zukunft und wirthschaftliche Fragen.

**Berlin.** Graf Wilhelm Bismarck ist seit längerer Zeit leidend und ist gestern mit Dr. Schweninger nach Italien abgereist. — Der Begründer der Berliner „Volkszeitung" und bekannte Publizist und Gelehrte Dr. Aaron Bernstein, ist gestorben; derselbe erreichte ein Alter von 72 Jahren. — Die „Nationalzeitung" meldet aus Petersburg: Abgesehen von der Uebersiedelung des Fürsten Orloff nach Berlin, steht der Rücktritt des Gehilfen des Ministers des Auswärtigen von Wlangali bevor. Baron Uexküll soll als Botschafter nach London gehen und der Baron von Mohrenheim von London nach Paris versetzt werden. Außerdem wird von dem Rücktritt des Justizministers Nabokoff gesprochen.

**Leipzig.** Die Posträuber sind ergriffen. Die Werthsendungen sind großentheils in ihrem Besitze gefunden worden.

**Paris.** Gestern waren beim Finanzminister bereits 20 Millionen Rente, d. h. 150 Proz. des ganzen aufgelegten Betrages in voll eingezahlten Stücken gezeichnet; eine drei- bis vierfache Ueberzeichnung wird erwartet.

**Madrid.** Der gestrige Jahrestag der Proklamirung der Republik ist hier wie in den Provinzen durchaus ruhig verlaufen, die angekündigten großen Kundgebungen haben nicht stattgefunden. Von den Comitees in den Provinzen wurden aus Anlaß des Tages einige Adressen erlassen, dieselben sind aber wenig zahlreich und wird denselben keinerlei Bedeutung beigelegt.

**Christiania.** Es ist hierselbst ein Flugblatt aufrührerischer Tendenz konfiszirt worden. Der Verfasser, ein Mann von unbedeutender Stellung, wurde verhaftet und das gerichtliche Verfahren gegen ihn eingeleitet.

**Charkow.** Der Kaufhofbrand wurde Mitternachts lokalisirt. Zehn Magazine sind abgebrannt, vier beschädigt. Der Schaden beläuft sich auf über eine Million Rubel.

**London.** Der „Standard" meldet aus Suakim von heute: Sinkat ist in die Hände der Aufständischen gefallen. Die Garnison machte einen Ausfall und schlug längere Zeit die Angriffe der Aufständischen zurück, wurde aber endlich überwältigt und bis auf einige Gefangene niedergemacht. Das Schicksal der Frauen und Kinder ist unbekannt.

**London.** Infolge des gestrigen Beschlusses des Unterhauses legte Bradlaugh sein Mandat nieder, um sich einer Neuwahl zu unterziehen.

**New-York.** Die Ueberschwemmungen nehmen noch immer zu. Die Stadt Belpre in Ohio ist mit Ausnahme von etwa 50 Häusern ganz unter Wasser gesetzt, ein Theil der Gebäude ist fortgeschwemmt. Das Elend ist groß.

**New-York.** In einer hier stattgehabten, von etwa 500 deutschen und böhmischen Sozialisten besuchten Versammlung, in welcher auch der Sozialist Most das Wort ergriff, wurden mehrere Vorschläge angenommen, in welchen den österreichischen Sozialisten empfohlen wird, sich noch gefürchteter zu machen als bisher und keinen Aristokraten und Fürsten zu verschonen.

**Die Berliner Börse** verlief lustlos. Die Kourse waren vorwiegend schwächer. Vorübergehend besserte sich der Verkehr etwas, wodurch auch die Kourse profitirten. Der Schluß war ohne Leben und schwach. Nachbörse matt. Leitende Banken zeigten nur ganz vorübergehend etwas Leben und schlossen unverändert. Kassabanken meist fest. Berliner Handelsgesellschaft war durch Realisationen gedrückt, für deutsche Bahnen bestand geringes Interesse. Ostpreußen 2 Proz. niedriger. Marienburger fest. Oesterreichische Bahnen mit Ausnahme einiger Kassabahnen schwach. Oesterreichische Prioritäten gut behauptet. Spekulative Bergwerke niedriger, Industrien fest. Heimische Anlagewerthe fest. Fremde Renten geschäftslos. Ungarische Goldrente und Italiener etwas schwächer.

**Frankfurt a. M.,** 12. Februar. Credit 266⅝. Staatsbahn 273⅝. Lombarden 118⅝. 60er Loose —. Oesterr. Silberrente —. Papierrente —. Galizier —. Oesterr. Goldrente —. 4% Ung. Goldrente —. 77er Russen —. 80er Russen —. 2. Orientanleihe —. Neueste Ungar. Goldanleihe —. 3. Orientanleihe —. Ungar. Papierrente —. Disconto —. Egypter 68⅝. Gotthardbahn 101,65. Meininger —. Ruhig.

**Wien,** 12. Februar. Credit 307,40. Staatsb. 313,00. Lombarden 142,00. Nordwestb. 183,00. Marknoten 59,30. Ung. Credit 306,25. Geschäftslos.

**Paris,** 12. Februar. (Schluß.) Rente 77,02. Anleihe 107,35. Italiener 92,10. Staatsbahn 652,50. Lombarden 312,50. do. Prioritäten 293. Egypter 344. Oesterr. Goldrente 86. Fest.

## Lokales und Sächsisches.

— Se. Majestät der Kaiser Wilhelm hat die nach Dresden gereisten fürstlichen Personen und Militärs nach ihrer Zurückkunft in Berlin empfangen und deren Bericht über die Dresdner Beerdigungsfeierlichkeit entgegengenommen.

— Die abgebrochene Schlußberathung über das Berggesetz wurde gestern von der Zweiten Kammer wieder aufgenommen und zu Ende geführt. Auch gestern wurden von den sozialdemokratischen Abgeordneten eine Anzahl Abänderungs-Anträge gestellt, die jedoch wiederum nicht die nöthige Unterstützung erlangen konnten resp. nachdem sie zur Abstimmung gelangt, abgelehnt wurden. Bei den Paragraphen 55 und 56, welche von der Kompetenz und Zusammensetzung der Schiedsgerichte bei eventuellen Streitigkeiten handeln, beantragt die Majorität der Deputation (Ref. Opitz), daß die Schiedsgerichte von den Verwaltungs-Obrigkeiten mit Zuziehung von 4 Beisitzern gebildet werden, die Minorität (Abg. Streit und Niethammer), sowie eine Anzahl Mitglieder der Fortschritts- und nationalliberalen Partei beantragen dagegen an Stelle der Verwaltungsbehörden die Bergaufsichtsbehörden eintreten zu lassen. Nachdem sich auch der Regierungskommissar Bodel im Sinne des Minoritäts-Antrages ausgesprochen, wird letzterer von der Kammer angenommen. Abg. Bönisch stellt zu § 62 folgenden Antrag: „Vor der Anberaumung des Verhandlungstermines kann der Vorsitzende einen Vergleichstermin mit den Parteien ohne Zuziehung von Beisitzern abhalten; die Parteien sind dazu bei 5—20 M. Geldstrafe vorzuladen". Nachdem die Deputation diesen Antrag zu dem ihrigen gemacht, wird derselbe gegen 3 Stimmen angenommen. Ein Antrag des Abg. v. Vollmar, einen Ausschluß der Oeffentlichkeit bei den Verhandlungen der Schiedsgerichte für unstatthaft zu erklären, wird, nachdem ihn Ref. Streit im Interesse der öffentlichen Ordnung und der Sittlichkeit bekämpft, abgelehnt. Derselbe Abgeordnete beantragt ferner zu § 75, daß jede Arbeiterordnung, bevor sie dem Bergamte zugehe, zunächst noch den von den Arbeitern jedes Werkes gewählten Schiedsrichtern zur Prüfung vorgelegt werde. Korref. Niethammer stimmt dem Antrag im Allgemeinen bei, nur beantragt er statt Schiedsrichter Vertrauensmänner zu setzen. Beide Anträge werden, nachdem sich die Abgg. Bönisch, Kirbach, Grahl und Liebknecht an der Debatte betheiligt, mit großer Majorität abgelehnt und das Berggesetz in seiner neuen Fassung gegen die 3 Stimmen der Soz.-Dem. angenommen. — Die Kammer kommt hierauf zur Schlußberathung über den bereits mehrfach besprochenen Antrag des Abg. Schreck, das Tanzstätten- und Schankverbot bei Abgabe-Restanten betr. Die Referenten, Müller-Colditz und Dr. Schill, beantragen, die Regierung möge, wenn thunlich, noch dem jetzt versammelten Landtag den Entwurf eines solchen Gesetzes vorlegen. Ref. Müller-Colditz führt aus, daß die Nothwendigkeit für den Erlaß eines derartigen Gesetzes auf der Hand liege, denn der Umstand, daß der Staat jetzt erhöhte Anforderungen an die Gemeinden stelle, mache es diesen zur Pflicht, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, ihre pekuniären Verpflichtungen dem Staate gegenüber erfüllen zu können. Ferner hätten die Referenten die Fragen erwogen, ob der Zweck des Gesetzes auf dem vom Abg. Schreck vorgeschlagenen Wege erreicht werden könne und ob der Entwurf auch die nöthigen Garantien enthalte, daß die in die Hände der Gemeindevertreter gelegten Befugnisse nicht etwa in ungehöriger Weise ausgebeutet werden könnten. Sie wären zu dem Schluß gekommen, daß die im Entwurf enthaltenen Maßregeln ganz geeignet seien, ihren Zweck zu erfüllen, auch betreffs der zweiten Frage könnten sie eine beruhigende Erklärung abgeben, da über jeden einzelnen Fall eine besondere und zwar kollegialische Beschlußfassung stattzufinden habe. Abg. Kirbach wendet sich gegen eine im Entwurfe enthaltene Bestimmung, nach welcher die öffentliche Bekanntmachung der Namen von Steuerrestanten untersagt ist. Es habe im Gegentheil Jeder, der seine Pflicht dem Staate gegenüber erfüllt, auch einen gerechtfertigten Anspruch, zu erfahren, wer diese Pflichten vernachlässige. Demnach sei es ihm unbegreiflich, wie man gerade vom Standpunkt des Liberalismus gegen jede Veröffentlichung eingetreten sei, da doch das Ziel desselben die volle Oeffentlichkeit des Staatslebens wäre. Den Ausführungen des Referenten gegenüber betont Abgeordneter Schreck, daß die eigentliche Veranlassung zu seinem Antrag die Thatsache gewesen sei, daß man mit Recht gewisse Maßregeln gegen Steuerrestanten in der Kammer getadelt habe. Er habe in seinem Antrage derartigen Ueberschreitungen vorbeugen wollen. Abg. Bebel kommt in längerer Rede auf den Fall Mittweida zurück und hält seine damaligen Behauptungen aufrecht. Gegen die damals vom Abg. Starke im Namen der Fortschrittspartei abgegebenen Erklärungen habe sich die gesammte Presse seiner eigenen Partei nicht nur Sachsens sondern ganz Deutschlands mißbilligend geäußert. Eugen Richter selbst habe sich in Plauen in für die sächsische Fortschrittspartei sehr deprimirender Weise ausgesprochen. Auf den Antrag selbst eingehend, glaubt er, daß der Regierung selbst durch denselben absolut kein Gefallen erwiesen werde, denn sie habe bestimmte Vorschläge von der Kammer verlangt, durch den Entwurf aber erfahre sie durchaus keine Willensäußerung derselben. Redner wiederholt dann im Großen und Ganzen seine bereits bei der Vorberathung gegen den Entwurf erhobenen Einwendungen. Abg. Starke weist an der Hand amtlicher Protokolle des Mittweidaer Stadtverordnetenkollegiums nach, daß seine damals dem Abg. Bebel gegenüber aufgestellten Behauptungen richtig gewesen sind. Betreffs seiner bei jener Gelegenheit im Namen seiner Parteigenossen abgegebenen Erklärung habe er sehr wohl gewußt, daß es ihm infolge derselben an Anfeindungen nicht fehlen werde, er habe auf der anderen Seite aber auch zahllose Zustimmungsadressen erhalten. Was Eugen Richter in Plauen in dieser Angelegenheit geäußert habe, könne er nur im Interesse Richter's bedauern, denn dieser hätte sich vorher von der Lage der Dinge überzeugen müssen, dann wäre er nicht dazu gekommen, durch derartige vage Behauptungen einen billigen Applaus erzielen zu wollen. Abg. Schreck konstatirt, daß er noch in vielen anderen Punkten mit Richter durchaus nicht einverstanden wäre, zumal mit seiner Haltung im Reichstag. Kommissar Geh. Reg.-Rath von Ehrenstein weist darauf hin, daß die Sozialdemokraten heute den Antrag wie überhaupt die Tendenz desselben voll und ganz verurtheilen, während sie doch in einer früheren Sitzung des öfteren betont hätten, daß sie die Ersten